

Macrons Priorität: das Arbeitsrecht blitzschnell lockern

Neue Parlamentsmehrheit wird Hauptanliegen von Präsident Macron durchwinken.

Eigentlich gehört die Meldung nicht direkt zur Berichterstattung über die Folgen des Siegs der Partei von Präsident Emmanuel Macron und seiner Verbündeten, die nunmehr über 350 der insgesamt 577 Sitze in Frankreichs Nationalrat verfügen. Aber der Hilferuf einer katholischen Wohltätigkeitsorganisation ließ aufhorchen: sie müsse an einer Uni in der Stadt Montpellier, Nahrungsmittel verteilen, weil etwa ein Viertel der Studenten immer öfter auf Mahlzeiten aus Geldmangel verzichten.

Tatsächlich sind Jugendarmut und Jugendarbeitslosigkeit (24 Prozent der nicht in Ausbildung stehenden 15 bis 24-Jährigen) das höchst entzündliche Kernthema für Macron. Der Staatschef ist überzeugt, dass man die Arbeitslosigkeit, die in Frankreich chronisch höher als etwa in Deutschland oder Großbritannien liegt, nur durch eine Lockerung des arbeitsrechtlichen Bestimmungen und namentlich des Kündigungsschutzes senken kann. Nur so würden Unternehmer mehr Anstellungen riskieren. De facto geht das in Richtung der deutschen „Mini-Jobs“, vielleicht auch der britischen „Null-Stunden-Verträge“ (Anstellungen ohne Mindestdauer), auch wenn Macron das nicht offen zugibt.

Diese zweite Reform des Arbeitsrechts (ein erste hatte Macron als Wirtschaftsminister der SP-Regierung angestoßen) soll noch im Juli vom neuen Nationalrat per Eil-Verordnung durchgewunken und spätestens im Herbst wirksam werden.

Der Linkstribun Jean-Luc Melenchon und auch die Nationalpopulistin Marine Le Pen, die beide den Einzug ins Parlament geschafft haben, werden wortgewaltig dagegen auftreten, ein paar Sozialisten Bedenken äußern.

Aber jene Gewerkschaftsbünde (es gibt mehrere in Frankreich), die bereits gegen die erste Arbeitsmarkt-Reform unter Francois Hollande vergeblich gestreikt hatten, wissen, dass sie ihre ermattete Basis zurzeit kaum bewegen können. Daher haben beide Seiten, also die Staatsführung um Macron und die verschiedenen Gewerkschaftsspitzen, einstweilen Interesse daran, aufeinander zuzugehen, um doch noch die Möglichkeit von zumindest teilweisen Kompromissen auszuloten, die den unaufhaltsamen parlamentarischen Start der Reform begleiten könnte. So sind 48 Gesprächstermine über die Änderung des Arbeitsrechts mit den diversen Gewerkschaftsführungen angesetzt.

Zum Ausgleich bietet Macron neue soziale Begleitmaßnahmen: er will die Ausdehnung der Arbeitslosenstützen, wenn auch zeitlich begrenzter als bisher, auf Selbstständige und sogar auf Arbeitnehmer, die von sich aus kündigen, um die berufliche Mobilität zu ermutigen. Umschulungen sollen verbessert und leichter zugänglich gemacht werden. Grundsätzlich sollen soziale Ansprüche weniger ans Kollektiv, etwa an eine Branche, gebunden sein, und dafür eher die Person während ihrer voraussichtlich erratischen Berufslaufbahn begleiten.

Bei Umfragen sank die Ablehnung gegenüber der Arbeitsmarkt-Reform von ursprünglich 70 auf zuletzt 50 Prozent. Kevin, ein 30 Jähriger, der bisher nur Gelegenheitsjobs fand, sagt: „Macron macht mir keine Angst, im Gegenteil. Die meisten von uns jonglieren doch schon in einer prekären Berufswelt.“ Aber der Umstand, dass in Frankreich atypische

Arbeitsverhältnisse bereits geläufig sind, wirft aus der Sicht einiger, kritischer Wirtschaftsforscher die Frage auf, was diese zusätzliche Lockerung, die ihrer Meinung einer Aushebelung des Arbeitsrechts gleichkommt, überhaupt bewirken soll.

DANNY LEDER, PARIS